

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen

Rede von

Herrn Staatssekretär Michael Mertes

„Die Europäische Dimension der regionalen Strukturpolitik“

für die Veranstaltung

„Die Europäische Strukturpolitik: Bilanz und Reformoptionen“

am 1. Oktober 2009

in der Hertie School of Governance, Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Begrüßung

ich begrüße Sie sehr herzlich hier im Hause der Hertie School of Governance. Ich hätte Sie gerne in unsere Landesvertretung eingeladen. Leider steht sie zurzeit wegen Renovierungsarbeiten nicht zur Verfügung.

Ich freue mich sehr, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind. Ihr großes Interesse an der Veranstaltung zeigt, wie wichtig die Debatte über die Zukunft der Strukturpolitik ist.

Die Strukturpolitik ist auch für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. In der derzeitigen Förderphase (2007 – 2013) erhält das Land insgesamt rd. 2 Mrd. Euro an EU-Geldern aus den EU-Strukturfonds. Der Löwenanteil entfällt mit 1,3 Mrd. Euro auf das Ziel 2-EFRE-Programm. Diese Mittel geben dem Land wichtige Spielräume für die Förderung von Innovationen und einer wissensbasierten Wirtschaft.

Derzeit befinden wir uns mitten in der Umsetzung des Ziel 2-Programms. Mein Kollege, Herr Staatssekretär Dr. Jens Baganz, wird nach mir über den Einsatz der EFRE-Mittel in Nordrhein-Westfalen berichten.

Zur Studie

Das Ende der aktuellen Förderperiode erscheint noch weit. Dennoch nähert sich die Debatte über die Zukunft der Strukturpolitik nach 2013 und die EU-Finanzreform ihrer heißen Phase.

Wir haben viel Erfahrung mit der Umsetzung der europäischen Strukturpolitik. Und wir erreichen gute Ergebnisse. Das wissen wir auch aus den zahlreichen Evaluierungen, die das europäische Recht vorschreibt und die wir gemacht haben.

Es ist aber erforderlich, diese Studien in einer langfristigen Perspektive zusammen zu führen. Deshalb hat die Landesregierung eine neue Studie in Auftrag gegeben. Sie untersucht exemplarisch die zentralen Ergebnisse und Wirkungen der bisherigen Ziel 2-Förderung in Nordrhein-Westfalen.

Damit wollen wir auch der EU-Kommission helfen. Sie hat in letzter Zeit wiederholt bemängelt, dass ihr nicht genügend Informationen über die konkreten Ergebnisse der Strukturförderung vorliegen würden.

Die Studie blickt aber nicht nur zurück, sondern auch nach vorne. Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen wird sie auch Anforderungen an die EU-Strukturpolitik nach 2013 formulieren.

Die Studie ist noch in Arbeit. Sie wird von Herrn Prof. Gerhard Untiedt, Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen in Münster, und Herrn Dr. Michael Ridder, MR Gesellschaft für Regionalberatung in Bremen, erstellt. Herr Prof. Untiedt wird Ihnen nachher die ersten Thesen präsentieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns im Anschluss Ihr Feedback hierzu geben würden.

Rahmenbedingung: EU-Budget / Reform des EU-Haushaltes

Die Zukunft der Strukturpolitik ist eng mit der laufenden Diskussion über die Reform des EU-Haushalts verknüpft. Die Strukturpolitik macht derzeit etwa ein Drittel des gesamten Haushaltes aus.

Die deutschen Länder haben sich im letzten Jahr an der Konsultation der EU-Kommission zur Reform des EU-Haushaltes beteiligt. Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass der derzeitige Anteil des EU-Budgets an der Wirtschaftsleistung in der EU nicht erhöht werden soll. Dies ist der Rahmen, in den sich die Strukturpolitik auch zukünftig einpassen muss.

In der bisherigen Debatte über die Zukunft der Strukturpolitik hat sich ein großer Konsens innerhalb der deutschen Länder und mit der Bundesregierung gezeigt. Es ist uns gelungen, für die Konsultationen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Strukturpolitik in 2008 und zum Grünbuch Territoriale

Kohäsion in 2009 gemeinsame Positionen abzustimmen. Ich hoffe, dass wir auf dem erzielten Konsens auch in der weiteren Debatte aufbauen können.

In den gemeinsamen Stellungnahmen haben wir befürwortet, dass auch nach 2013 der Großteil der EU-Strukturmittel in die neuen Mitgliedstaaten fließen soll. In den neuen Mitgliedstaaten besteht nach wie vor großer Aufholbedarf. Dies erkennen wir an.

Aber auch die anderen Regionen der Europäischen Union müssen über 2013 hinaus bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Die Förderung dieser Regionen erfolgt derzeit unter dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, das auch als Ziel 2 bekannt ist.

In den Bund-Länder-Papieren haben wir uns einvernehmlich für eine EU-weite Fortsetzung der Ziel 2-Förderung nach 2013 ausgesprochen.

Ich habe mich gefreut, dass dies auch im Reflexionspapier der früheren Regionalkommissarin Danuta Hübner von April 2009 vorgesehen ist. Auch in dem Bericht von Prof. Barca über eine Reform der Strukturpolitik wird eine EU-weite Strukturförderung über 2013 hinaus vorgeschlagen. Ich halte dies für richtig und wichtig.

Beitrag zur Lissabon-Strategie

Gerade die Ziel 2-Regionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union.

Die Ziel 2-Regionen sind damit ein wichtiger Pfeiler der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.

Die EU hat erkannt, dass sie auch ihre eigenen Programme verstärkt an der Lissabon-Strategie ausrichten muss, um ihr zum Erfolg zu verhelfen. Neben das Ausgleichsziel der Strukturpolitik ist damit das Wachstumsziel getreten.

Auch die Lissabon-Strategie wird in den kommenden Wochen und Monaten auf dem Prüfstand stehen. Sie war ursprünglich auf das Jahr 2010 ausgerichtet. Der Europäische Rat wird im März nächsten Jahres über ihre zukünftige Ausrichtung entscheiden.

Ich habe keinen Zweifel, dass wir auch über 2010 hinaus eine gemeinsame Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen.

Die Landesregierung hat sich bereits in die Debatte über die Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010 eingeschaltet. Minister Krautscheid hat dem Ausschuss der Regionen, der eine Konsultation zur Zukunft der Lissabon-Strategie durchgeführt hat, eine Stellungnahme übersandt. Er hat sich darin

für eine Fortführung der Lissabon-Strategie mit den derzeitigen Themen ausgesprochen.

Wir brauchen einen gemeinsamen Rahmen für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung auf europäischer und nationaler Ebene - auch über 2010 hinaus.

EU-Kommissar Verheugen hat erst kürzlich darauf hingewiesen, dass der High-Tech-Anteil an der gesamten Industrie in Japan um 33 Prozent höher ist als in Europa. In den USA ist der Anteil sogar um 50 Prozent höher.

Dies bestätigt, dass wir unsere Anstrengungen auch weiterhin darauf konzentrieren müssen, die Innovations- und Wettbewerbfähigkeit der Europäischen Union zu stärken.

Die Lissabon-Strategie ist nicht nur ein Thema der Hauptstädte. Auch die Regionen spielen eine wichtige Rolle bei ihrer Umsetzung. Viele Bereiche der Lissabon-Strategie fallen in die Zuständigkeit der deutschen Länder.

Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung ernst. Sie hat in 2006 einen eigenen Maßnahmenkatalog aufgestellt und in 2009 aktualisiert. Darin dokumentiert sie ihren Beitrag zur Umsetzung des deutschen Reformprogramms und zur Lissabon-Strategie.

Der Katalog ist sehr umfangreich, er umfasst ebenso den Ausbau der Kindertagespflege, wie die Hochbegabtenförderung, den Bürokratieabbau und die Unterstützung wichtiger Cluster in Nordrhein-Westfalen.

Beitrag zur Bewältigung der „neuen Herausforderungen“

Heute stehen wir vor neuen, gewichtigen Herausforderungen. Dazu gehören insbesondere der Klimawandel und der Klimaschutz, dazu zählen auch der demografische Wandel und die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie werden in den kommenden Jahren eine große Rolle spielen.

Auch dies bedeutet nicht, dass die Strukturpolitik ausgedient hat. Sie hat wiederholt bewiesen, dass sie neue Herausforderungen aufnehmen kann. Sie besitzt ein hohes Modernisierungspotenzial. Dies hat sie etwa mit ihrer Neuausrichtung auf die Lissabon-Strategie gezeigt.

Die Strukturpolitik leistet auch bereits jetzt einen Beitrag für den Klimaschutz. Darauf wird Herr Kollege Dr. Baganz gleich näher eingehen.

Beim demografischen Wandel beispielsweise hilft die Strukturförderung, in dem sie die Attraktivität der Regionen insgesamt stärkt oder indem sie - mit Hilfe des ESF - die Entwicklung der Humanressourcen fördert.

Die Strukturpolitik ist sicherlich nicht das einzige oder das vorrangige Mittel zur Bewältigung der neuen Herausforderungen. Grundsätzlich besteht der Beitrag der Strukturpolitik insbesondere darin, die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken und damit Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern.

Europäische Begründung der Strukturpolitik

Abschließend möchte ich noch einmal unterstreichen, dass die Strukturpolitik auch zukünftig eine europäische Aufgabe ist. Sie kann nicht von den Mitgliedstaaten alleine bewältigt werden.

Auf den Beitrag der Strukturpolitik zur Lissabon-Strategie bin ich bereits eingegangen.

Die Strukturpolitik ist ein Korrelat des Europäischen Binnenmarkts. Sie ist – auch historisch gesehen - ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Integration. Wenn es eine Regionalpolitik gibt, so kann sie im Binnenmarkt auch nur europäisch koordiniert werden. Es müssen die grenzüberschreitenden Wirkungen mitgedacht werden. Dies ist eine europäische Aufgabe.

Die regionale Feinabstimmung und der Einbezug der regionalen Akteure finden vor dem Hintergrund eines einheitlichen europäischen Rahmens statt. Das ist intelligente

Mehrebenenpolitik. Sie ist der Komplexität von Wachstums- und Entwicklungsprozessen in Europa angemessen.

Barca weist zu Recht darauf hin, dass eine europäisch koordinierte, regionale Strategie dazu beitragen kann, dass jeder Bürger in der EU von den positiven Effekten und den Chancen der europäischen Einigung profitieren kann.

Für Deutschland sehe ich die Gefahr, dass eine rein national betriebene Strukturförderung in die Mühlen des bei uns sehr stark ausgeprägten Ressortprinzips geraten könnte. Die Folge könnte sein, dass wir am Ende in den deutschen Ländern viele kleine Ressortprogramme haben, aber keine integrierte Strategie, weder mit Blick auf die nationale noch auf die europäische Ebene.

Hinzu kommt, dass die Länder den Wegfall Europäischer Strukturmittel aus dem eigenen Haushalt nur bedingt auffangen könnten.

Die Strukturpolitik gehört außerdem zu den wenigen europäischen Politikbereichen, die unseren Unternehmen und unseren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbaren, sichtbaren Nutzen bringen. Sie hilft auch, die Bedeutung Europas in die Köpfe und Herzen der Menschen zu tragen.

Die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Verfassungsvertrags und des Vertrags von Lissabon haben uns gezeigt, dass dieser Aspekt nicht vernachlässigt werden darf.

Die Europäische Union muss wieder stärker von unten getragen werden. Die Strukturpolitik mit ihrem regionalen Ansatz, ihrer Mobilisierung der Akteure vor Ort und ihrem konkreten fassbaren Nutzen leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.